

Dringlichkeitsantrag: Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Martin Kesztyues (KV Hamm)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 192 bis 197:

Wir wollen die komplexen Ursachen für Flucht und Migration in einem umfassenden Ansatz gemeinsam mit den Herkunfts- und Transitländern **bearbeiten** **adressieren**. Die wichtigsten Auslöser sind bewaffnete Konflikte und Verfolgung aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen. Hinzu kommen die sich verschärfende Klimakrise sowie strukturelle Ursachen, die in wirtschaftlichen und sozialen, aber auch politischen Unsicherheiten liegen. Vor allem die Klimakrise wird in Zukunft unweigerlich zu mehr Fluchtbewegungen führen. Hierauf müssen wir uns und unser Asylsystem vorbereiten. Derzeit gibt es in Deutschland keinen spezifischen Klimaflüchtlingsschutz. Die zu uns fliehenden Menschen verdienen aber eine menschenwürdige Behandlung, Solidarität und eine Zukunftsperspektive. Dies gilt nicht zuletzt, weil es unsere Wirtschaftssysteme und Lebensweisen sind, die die Klimakrise verschärfen und die Lebensbedingungen in anderen Weltregionen erheblich verschlechtern. Obwohl wir spätestens seit Rio 1992 wissen, was zu tun wäre, obwohl wir mit dem Pariser Abkommen von 2015 rechtsverbindliche Zielvorgaben haben und obwohl die Wissenschaft uns attestiert, dass wir die nötigen Maßnahmen auch technisch realisieren können, investieren wir noch immer zu wenig in die konsequente Bekämpfung des Klimawandels. Wir BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wissen um unsere besondere Verantwortung und wir müssen sie unbedingt wahrnehmen. Neben den Folgen des Klimawandels wird mehr und mehr menschlicher Lebensraum auch durch extensiven Rohstoffabbau gefährdet und zerstört. Rohstoffvorkommen im Globalen Süden werden ohne Rücksicht auf Mensch oder Natur von Konzernen des Globalen Nordens geplündert. Eine Beteiligung der Bevölkerung an den Verkaufserlösen erfolgt in der Regel nicht. Stattdessen mehre sich Berichte über massive Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Rohstoffabbau, massive Korruption und eine Unterwanderung demokratischer Strukturen. Diese Formen des modernen Kolonialismus müssen aufhören. Dafür machen wir uns stark! Die allermeisten Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen, sind Binnenvertriebene oder finden Zuflucht in

Von Zeile 199 bis 201:

strukturbildender Übergangshilfe in Krisenregionen können wir Menschen – darunter auch Geflüchtete und Binnenvertriebene – in ihrer akuten Notlage unterstützen. So Essentiell für diese Aufgabe ist eine ausreichende Finanzierung des UNHCR, welches trotz steigender Zusagen nationaler Geldgeber, jährlich nur ungefähr 15-20% des erforderlichen Budgets von ca. 10 Milliarden US-Dollar zur Verfügung hat, um Geflüchtete mit dem Nötigsten zu versorgen. Durch eine hinreichende Finanzierung tragen wir dazu bei, das Leid unmittelbar vor Ort zu lindern. Mit Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe,

Von Zeile 203 bis 204 einfügen:

Lebensperspektiven beitragen; die Bereitstellung von Stabilisierungsmittel trägt zur Krisen- und Konfliktprävention bei. Insbesondere unterstützen wir andere Länder bei der Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, um Fluchtursachen einzudämmen.

Begründung

Auswirkungen der Klimakrise und des modernen Kolonialismus und unsere Verantwortung dafür sowie unsere Lösungsansätze dazu sollten mehr thematisiert werden. Climate Justice als ein die Themen Flucht und Klimakrise verbindendes Element ist besonders relevant für uns.

weitere Antragsteller*innen

Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Meike Gerwin (KV Gelsenkirchen); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Jonas Langlotz (KV Bamberg-Stadt); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Hannah Sarah Beruda (KV Hamm); Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Sabine Yüendem (KV Remscheid); Cim Kartal (KV Bielefeld); Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Thilo Pohl (KV Hamm); Ali Saker (KV Münster); sowie 51 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.